1 Boutros Boutros-Ghali, Globalisierung und Erwachen der Nationen. Der UN-Generalsekretär vor der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, VN 1/1993 S.4.
2 Volker Matthies, Zwischen Rettungsaktion und Entmündigung. Das Engagement der Vereinten Nationen in Somalia, VN 2/1993 S.45.
3 Vgl. Peter Bardehle, Kambodscha: ein Frieden mit Minen. Die UNTAC als Friedensoperation der Superlative, VN 3/1993 S.81ff.
4 Das Akronym ist nach der französischen Bezeichnung gebildet: Opération des Nations Unies en Mozambique; portugiesisch: Operaçaões das Nações Unidas em Moçambique.
5 Enthalten in UN Doc. S/24635 v.8.10.1992.
6 Die wirtschaftliche Krise des Landes nach der Unabhängigkeit wird beschrieben von Wolfgang Schoeller, Nach Nkomati. Mosambik in den Zwängen von Außenpolitik und Außenwirtschaftsbeziehungen, VN 1/1985 S.19ff. Das dort behandelte Abkommen von Nkomati über ›Gewaltverzicht und gutnachbarliche Beziehungen‹ zwischen Südafrika und Mosambik vom März 1984 hatte allerdings weder die ökonomischen noch die politischen Erwartungen der Regierung in Maputo erfüllt.
7 U.a. zwischen UN-Generalsekretär Boutros-Ghali und Präsident Chissano am Rande des Umweltgipfels in Rio de Janeiro im Juni 1992.
8 Vgl. Agostinho Zacarias und Bernhard Weimer (Hrsg.), O Envolvimento das Nações Unidas no Processo de Paz em Moçambique. Relatório Sintese dum Seminário Internacional, 26 de Junho 1992, Maputo (Centro de Estudos Estratégicos e Internacionais / Friedrich-Ebert-Stiftung) 1992.
9 Text: VN 3/1993 S.118. In der Folge erließ der Rat zum mosambikanischen Friedensprozeß die Resolutionen 797 (Text: VN 3/1993 S.118f.), 818, 850, 863, 879 und 882 (Text: S.210ff. dieser Ausgabe).
10 S/24892 v.3.12.1992 mit Corr.1.
11 A/47/881/Add.1 v.8.2.1993, Ziff.5; die Kosten für den Zeitraum von Mitte Oktober 1992 bis Ende Oktober 1993 wurden dann auf rund 260 Mill Dollar nach unten revidiert (a.a.O., Ziff.10). Mitte 1993 wurden sie, auch unter Berücksichtigung der bei der Umsetzung des Zeitplans eingetretenen Verzögerungen und der damit verbundenen Einsparungen, auf 204 Mill Dollar veranschlagt (A/47/969 v.28.6.1993, Ziff.13 und S.46). Für die Mandatsverlängerung vom 1.11.1993 bis zum 31.10.1994 wurden die monatlichen Kosten auf 25 Mill Dollar geschätzt (a.a.O., Ziff.14), dann in Resolution 47/224C der Generalversammlung am 14.9. zunächst aber nur in einer Höhe bis zu 20 Mill Dollar monatlich bewilligt. Die Zahlungsmoral der UN-Mitgliedstaaten läßt freilich auch im Falle der ONUMOZ zu wünschen übrig: zu den für die ersten acht Monate der Operation bewilligten und umgelegten Kosten in Höhe von 140 Mill Dollar waren bis zum 15.6.1993 erst 52 Mill an Beiträgen eingegangen, nicht viel mehr als ein Drittel (a.a.O., Ziff.9).
12 S/26385 v.30.8.1993, Ziff.19.
13 Vgl. Bernhard Weimer, Erleichterung und Skepsis. Der Friedensvertrag muß jetzt umgesetzt werden, in: Informationsdienst Südliches Afrika, Nr. 6/1992, S.35.
14 S/25518 v.2.4.1993.
15 S/25518; S/26034 v. 30.6.1993; S/26385 (mit Add.1 v.10.9.1993); S/26666 v. 1.11.1993 (mit Add. 1 v. 2.11.1993).
16 Vgl. Winrich Kühne, Friedenssicherung durch die Vereinten Nationen in einer Welt ethno-nationaler Konflikte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (Beilage zur Wochenzeitung ›Das Parlament‹), Nr. B15–16/93 v.9.4.1993, S.19.

Deutschland will die multilaterale Weltordnung stärken

Rede des deutschen Außenministers vor der 48.UN-Generalversammlung (29.September 1993)

KLAUS KINKEL

Herr Präsident, zu Ihrer Wahl zum Präsidenten der 48.Generalversammlung der Vereinten Nationen gratuliere ich Ihnen. Ich wünsche Ihnen in Ihrem hohen Amt Glück und Erfolg. Die neu in unsere Organisation Aufgenommenen heiße ich herzlich willkommen.

Vor 20 Jahren hat an dieser Stelle Willy Brandt den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu den Vereinten Nationen mit dem Willen begründet, zum Frieden in der Welt beizutragen. Das ist und bleibt ein Kernziel deutscher Außenpolitik. Damals, in einer Ära der Blöcke, war Deutschland geteilt, damals, 1973, brach im Nahen Osten der Oktoberkrieg aus. In Südafrika herrschte das unmenschliche Apartheidregime. Heute ist mein Land in Frieden und im Einklang mit unseren Nachbarn vereint. Heute können wir Israel, die PLO und die arabischen Nachbarstaaten zu einem historischen Durchbruch beglückwünschen. Heute ist die Politik der Apartheid überwunden. Ohne den entschlossenen Willen zum Frieden wären diese Entwicklungen nicht möglich gewesen.

Der Weltfrieden, der nach dem Wegfall der bipolaren Welt näher gerückt zu sein scheint, darf nicht unerfüllte Vision bleiben. Der Wille der Völker zum Frieden hat am Ende des Zweiten Weltkrieges zur Gründung der Vereinten Nationen geführt. Dieses Vermächtnis zu erfüllen, bleibt moralische und politische Verpflichtung der Staatengemeinschaft. Es gibt keine wichtigere Aufgabe! Auf der Suche nach Frieden stehen wir heute sowohl vor einer großen Herausforderung und einer neuen Gefahr, aber ebenso vor einer historischen Chance: Wir stehen vor der großen Herausforderung, Hunger und Armut in der Welt zu überwinden, unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren und die Bedingungen für eine langfristig angelegte Weltbevölkerungspolitik zu entwickeln. Wo Menschen ihre Heimat verlassen müssen, wo die Menschenrechte verletzt werden, kann kein Friede sein. Frieden ist nicht nur das Schweigen der Waffen. Die wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen gehören deshalb ganz oben auf die globale Agenda. Diese Welt ist zutiefst ungerecht. Die Chancen der Menschen sind bedrückend ungleich verteilt. Damit dürfen wir uns nicht abfinden. Wir stehen vor der Gefahr, daß der Frieden in vielen Teilen der Welt von neuen Konflikten, insbesondere auch solchen ethnischer Natur, bedroht ist. Eine anhaltende Proliferation von modernen Waffen und moderner Waffentechnologie verleiht diesen Konflikten wachsende Zerstörungskraft. Die Chance ist, die Vereinten Nationen nach der Überwindung des Ost-West-Gegensatzes zu dem zu machen, was ihre Gründungsväter im Auge hatten: zum zentralen Friedenshüter der Menschheit. Die Vereinten Nationen müssen dabei von den zahlreichen anderen internationalen Organisationen unterstützt werden, die inzwischen erfolgreich arbeiten.

Ich bin überzeugt: Wir werden die ökonomischen, ökologischen und sozialen Herausforderungen nur meistern, wir werden die Gefahr eines Rückfalls in die Konfrontation zwischen Staaten, Völkern, Kulturen und Religionen nur überwinden, wenn wir die historische Chance zur Stärkung des weltweiten multilateralen Systems, die Chance zur Stärkung der Vereinten Nationen entschlossen nutzen. Allein kann heute kein Staat mehr die globalen Aufgaben meistern. Deshalb müssen wir den Multilateralismus gegen den Nationalismus stellen. Deutsche Außenpolitik ist Politik der Stärkung der multilateralen Weltordnung. Deutsche Außenpolitik ist dem Ziel der europäischen Integration verpflichtet. Sie ist Politik der Vernetzung und des fairen Ausgleichs der Interessen. Deutsche Außenpolitik ist deshalb Politik in, für und mit den Vereinten Nationen.

Ich stimme dem Generalsekretär zu: Frieden kann nur bewahrt werden, wenn wir die Konfliktursachen an der Wurzel bekämpfen. Die von ihm vorgeschlagene ›Agenda für die Entwicklung‹ muß an die Seite der ›Agenda für den Frieden‹ treten. Nach wie vor sind Not, Hunger und Armut das Problem Nummer eins in vielen Staaten der Welt.

Entwicklungs- und Industrieländer haben sich mit UNCTAD VIII und der Konferenz von Rio auf eine umfassende Entwicklungs- und Umweltpartnerschaft geeinigt. Soll sie zum Erfolg führen, müssen beide, Nord und Süd, ihren Beitrag leisten. Viele Entwicklungsländer haben durch wirtschaftliche und politische Reformen, durch effizienteren Einsatz der Mittel, verringerte Militärausgaben, mehr demokratische Kontrolle und Rechtsstaatlichkeit den richtigen Weg eingeschlagen. Der Weltsozialgipfel 1995 in Kopenhagen muß ein Ort des Dialogs über die sozialen Fragen werden, die sich überall in der Welt neu stellen. Die Industrieländer haben sich verpflichtet, die Anstrengungen der Entwicklungsländer durch bessere weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen und solidarische Hilfe zu unterstützen. Hilfe kann aber immer nur Hilfe zur Selbsthilfe sein. Nötig sind mehr unternehmerische Kooperation mit den Entwicklungsländern, noch mehr Direktinvestitionen, eine bessere technologische Zusammenarbeit, die Öffnung der Märkte und der Abbau von Handelshemmnissen.

Die GATT-Runde muß endlich verläßliche Regeln für einen freien Welthandel festlegen und bis zum 15.Dezember dieses Jahres zum Abschluß gebracht werden. Deutschland, eine der wichtigen Welthandelsnationen, unterstützt diese Ziele mit besonderem Nachdruck. Wenn es im Welthandel zu neuen Blockbildungen und Interessengegensätzen käme, würde es bald auch in der Weltpolitik zu neuen Frontstellungen kommen. Protektionismus wäre die schlimmste Entwicklung.

Die Weltwirtschaft befindet sich in einem grundlegenden Strukturwandel. Der internationale Wettbewerb nimmt an Intensität zu. Viele hochindustrialisierte Gesellschaften stehen vor zusätzlichen Herausforderungen: Arbeitslosigkeit und erlahmende Wachstumsimpulse stellen die Leistungsfähigkeit nach innen und nach außen auf eine unerwartet schwere Belastungsprobe. Andererseits eröffnet der Trend zur einen Weltwirtschaft Milliarden Menschen erstmalig die Chance, mit ihren Leistungen auf allen Märkten präsent zu sein.

Wir alle, Industrieländer wie Entwicklungsländer, müssen mit der

Natur unseren Frieden machen. Die Vereinten Nationen sind zum Hüter der natürlichen Lebensgrundlagen berufen. Ich schlage vor, das UN-System durch Einrichtung einer Frühwarnkapazität bei Umweltkatastrophen zu verstärken. Der Schwung, den die UNCED-Konferenz von Rio ausgelöst hat, muß erhalten bleiben. Den Konferenzen und Konventionen müssen jetzt Taten folgen. Mein Land ist zu umfassender Zusammenarbeit bereit. Insbesondere bei der Verbreitung umweltfreundlicher Technologien kann Deutschland einen besonderen Beitrag leisten.

Die Bevölkerungsexplosion bedroht das Gleichgewicht der Erde. Während im 18.Jahrhundert die Weltbevölkerung in 75 Jahren um eine Viertelmilliarde stieg, wächst sie heute alle drei Jahre um diese Zahl. Der größte Teil dieses Zuwachses entfällt auf Länder, deren ökonomische und ökologische Grundlagen bereits heute bis aufs äußerste angespannt sind. Familienplanung ist zu fördern, die Armutskluft zu verringern und Bildung und Wissen bei Frauen und Männern gleichermaßen zu verbreiten. Deshalb muß die Weltbevölkerungskonferenz 1994 in Kairo ein Erfolg werden.

Die Achtung der Menschenrechte ist ein universales Gebot. Sie steht im Mittelpunkt deutscher Außenpolitik. Menschenrechte und Minderheitenschutz gehören zusammen! Rassismus, kulturelle Arroganz und der Wahn, ethnisch reine Gebiete schaffen zu wollen, bedrohen den Frieden. Jugoslawien ist dafür ein schreckliches Beispiel. Wo es um staatsbürgerliche, wirtschaftliche, kulturelle und religiöse Rechte von Minderheiten geht, darf es kein Diktat der Mehrheit geben. Deklaration und Aktionsprogramm der Wiener Menschenrechtskonferenz sind Konsens der Staatengemeinschaft. Sie bekräftigen die universelle Geltung der Menschenrechte. Jetzt geht es um eine schnelle Umsetzung. Ich nenne fünf Punkte:

Erstens: Seit langem fordert mein Land einen Hochkommissar für Menschenrechte. Der Hochkommissar sollte ein eigenes Initiativrecht zum Schutz der Menschenrechte erhalten und den Staaten, die sich um eine Verbesserung der Menschenrechtssituation bemühen wollen, aktiv zur Seite stehen.

Zweitens: Wir brauchen einen Internationalen Strafgerichtshof. Die Völkerrechtskommission hat einen kompletten Entwurf für ein Statut vorgelegt. Der Druck auf jene, die Menschenrechte mit Füßen treten, muß zunehmen. Wer foltert, muß Furcht vor Strafe haben.

Drittens: Um die grauenhaften Menschenrechtsverletzungen im ehemaligen Jugoslawien rasch ahnden zu können, hat der Sicherheitsrat die Einrichtung eines Ad-hoc-Tribunals beschlossen. Die gewählten Richter müssen jetzt ihre Arbeit aufnehmen. Ein Chefankläger muß unverzüglich ernannt werden.

Viertens: Die Nichtregierungsorganisationen sind zu einem Teil des Weltgewissens geworden. Bei der Durchsetzung der Menschenrechte kommt ihnen deshalb eine immer wichtigere Rolle zu.

Schließlich: Das Instrumentarium zur Durchsetzung der Menschenrechte muß im Budget der UN einen höheren Stellenwert erhalten.

Die Krise im ehemaligen Jugoslawien und vor allem der Krieg in Bosnien-Herzegowina gehören zum Bedrückendsten unserer Zeit. Ein Mitgliedstaat der UN ist Opfer eines Eroberungskrieges geworden, begleitet von Massenmorden und Massenvertreibungen. Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg werden in Europa die Grenzen mit der Waffe neu gezogen. Die Grundsätze der Vereinten Nationen sind mit Füßen getreten worden. Die Glaubwürdigkeit unserer Institutionen, ja, die Glaubwürdigkeit der Vereinten Nationen selbst steht auf der Probe. Wenn weiter geschossen wird, wird der bevorstehende Winter für die leidenden Menschen eine fürchterliche Katastrophe. Die Kämpfe müssen deshalb so rasch wie möglich beendet, die humanitäre Versorgung sichergestellt werden. Aus diesem Grund unterstützen wir trotz mancher Vorbehalte gegen das vorliegende Lösungsmodell die Bemühungen um eine Beilegung des Konfliktes in Genf und danken den Ko-Vorsitzenden Lord Owen und Thorvald Stoltenberg für ihre schwere Arbeit.

Ein Ergebnis ist in greifbare Nähe gerückt. Es muß aber von allen Konfliktparteien akzeptiert sein. Es darf kein Diktat geben. Die bosnischen Moslems müssen ein lebensfähiges Territorium erhalten. Wir brauchen die Gewißheit, daß die Staatengemeinschaft sich bei der Implementierung einer einmal getroffenen Vereinbarung entschieden und intensiv engagieren wird. Wir können nicht dulden, daß die Moslems, die seit Jahrhunderten in Europa leben, geringere Rechte haben sollen als ihre christlichen Nachbarn! Durch vorbeugende Maßnahmen müssen wir dafür sorgen, daß sich das Drama dieses Krieges nicht in den Nachbarregionen wiederholt. Jetzt brauchen wir Vorschläge für eine kontrollierte Abrüstung in dieser Region. Hier liegt eine Aufgabe für die KSZE.

Nach Jahrzehnten von Krieg und bitterer Feindschaft erlebt der Nahe Osten gegenwärtig einen historischen Durchbruch zum Frieden. Wir wollen, daß der Friedensprozeß unumkehrbar wird. Deutschland und seine Partner in der Europäischen Gemeinschaft haben beschlossen, ihn politisch, wirtschaftlich und finanziell zu unterstützen. Rund eine Milliarde DM der Europäer sind dafür vorgesehen. Mein Respekt gilt dem politischen Mut und dem Friedenswillen beider Seiten. Diejenigen, die noch zögern, rufe ich auf, den Friedensprozeß mitzutragen. Ich appelliere an alle, auf Gewalt zu verzichten.

Die ungebrochene Aufrüstung in vielen Teilen der Welt bleibt besorgniserregend. Die Vorschläge von Präsident Clinton haben unsere volle Unterstützung. Wir haben ermutigende Durchbrüche: der Abschluß des Übereinkommens über das weltweite Verbot von chemischen Waffen und die Einigung auf ein Verhandlungsmandat über einen umfassenden Teststopp-Vertrag in der Genfer Abrüstungskonferenz. Um diese Verhandlungen nicht zu gefährden, müssen die Test-Moratorien verlängert werden. Es darf zu keinen neuen Tests kommen.

Nuklearmächte und Nichtnuklearmächte sind gemeinsam gefordert, das nukleare Nichtverbreitungsregime zu stärken. Der NV-Vertrag muß 1995 unbegrenzt verlängert werden. Als Vertreter eines Landes, das seit langem einseitig und verbindlich auf Nuklearwaffen und andere Massenvernichtungswaffen verzichtet hat, appelliere ich an alle Mitgliedstaaten: Treten Sie dem Nichtverbreitungsvertrag bei! Nur eine universelle Mitgliedschaft schafft Sicherheit für alle.

Die Verminung weiter Gebiete in zahlreichen Ländern ist zu einer Geißel der Bevölkerung geworden. Sie verhindert die Rückkehr von Flüchtlingen und die Wiederaufnahme der Landwirtschaft. Tausende von Toten und gräßliche Verkrüppelungen sind zu beklagen. Dem muß ein Ende gesetzt werden. Deshalb hat die Europäische Gemeinschaft mit unserer Unterstützung die Initiative ergriffen: Wir brauchen einen Fonds zur Finanzierung der Minenbeseitigung.

Die europäische Verankerung bleibt für mein Land politisch und wirtschaftlich unverzichtbar. Mein belgischer Kollege Willy Claes hat hier bereits im Namen der zwölf Mitgliedstaaten der EG unsere gemeinsamen Positionen erläutert. In Europa darf Stabilität kein Privileg Westeuropas bleiben. Die Völker in den Umbruchländern haben ihre Freiheit erkämpft, wir haben sie dazu ermuntert. Wir werden sie jetzt nicht im Stich lassen! Den Staaten in Mittel- und Osteuropa müssen wir schrittweise den Weg in die europäisch-atlantischen Institutionen öffnen. Dazu zählen neben Europäischer Gemeinschaft und Europarat auch WEU und NATO. Ich erwarte vom NATO-Gipfel ein klares Signal, wie es auch der Kopenhagener EG-Gipfel abgegeben hat. Dafür dürfen keine neuen Brüche entstehen. Ohne Einbeziehung Rußlands ist eine dauerhafte Friedensordnung in Europa nicht möglich.

Rückkehr zum ›Njet‹? Am russischen Veto scheiterte am 11. Mai ein Entschließungsantrag im Sicherheitsrat, der auf die Umstellung der Finanzierung der Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Zypern (UNFICYP) auf Pflichtbeiträge abzielte; ein modifizierter Entwurf konnte später passieren (siehe S.207f. dieser Ausgabe). Es war das erste Veto im Sicherheitsrat seit drei Jahren. Mit dem immer wieder zu Protokoll gegebenen ›Nein‹ eines Ständigen Mitglieds des Rates wurde in der Vergangenheit immer wieder die Sowjetunion in Verbindung gebracht; in jüngerer Zeit hatten aber vor allem die USA von diesem Instrument der Interessenwahrung der Großmächte Gebrauch gemacht. Das letzte sowjetische Veto war am 29.Februar 1984 eingelegt worden, das letzte amerikanische am 31.Mai 1990 (vgl. die Übersicht von Volker Löwe, Die Vetos im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (1983–1990), VN 1/1991 S.11ff.). In beiden Fällen ging es um Probleme des Nahen Ostens.

Deutschland hat in den letzten vier Jahren mehr finanzielle Anstrengungen als alle anderen Staaten unternommen, um die Reformstaaten auf ihrem Weg zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft zu unterstützen. Auch diese Hilfe ist ein wichtiger Beitrag zur Konfliktvermeidung und zur Friedenssicherung. In der gegenwärtigen kritischen Phase müssen die Freunde und Partner Rußlands – und dazu gehören besonders auch wir Deutsche – den Reformprozeß, für den Präsident Jelzin steht, politisch und wirtschaftlich weiter stützen. Die Entwicklung in Georgien erfüllt mich mit Sorge. Wir müssen einen Waffenstillstand erreichen und ein tragfähiges Konzept für eine politische Lösung erarbeiten. Hier sind besonders die Vereinten Nationen gefordert.

Der Wille zum Frieden zwingt überall in der Welt zu intensiverer regionaler Zusammenarbeit:

- Wir unterstützen innerafrikanische Konfliktlösungen und begrüßen ein noch stärkeres Engagement der OAU.
- Wir freuen uns über den demokratischen Wandel in Lateinamerika in den letzten Jahren: Fast überall haben sich Demokratie und marktwirtschaftliche Ordnungsprinzipien durchgesetzt, wurden friedensbedrohende Konfliktherde, Gott sei Dank, beseitigt.
- In Südostasien ist der ASEAN ein wichtiges Instrument der Zusammenarbeit im asiatisch-pazifischen Raum geworden. Die europäisch-asiatische Zusammenarbeit muß noch enger werden.

Die ›Agenda für den Frieden‹ ist zum Kompaß für die Weiterentwicklung der Vereinten Nationen geworden. Für Ihren Einsatz, Herr Generalsekretär, möchte ich Ihnen an dieser Stelle danken. Der Sicherheitsrat und die Generalversammlung haben die Vorschläge der Agenda konstruktiv aufgegriffen. Die Politik der Konfliktverhütung muß in einem frühen Stadium ansetzen. Brände verhüten ist besser als Feuer zu löschen. Wir müssen unsere Energie auf die Möglichkeiten der präventiven Diplomatie konzentrieren, auf vertrauensbildende Maßnahmen, Tatsachenermittlung und Früherkennung von Konflikten.

Die KSZE muß in ihrem Geltungsbereich die Vereinten Nationen unterstützen. Die Beziehungen zwischen beiden Organisationen haben sich intensiviert. Die Möglichkeiten der KSZE zu Konfliktverhütung und Krisenmanagement müssen ausgebaut werden.

Die Blauhelme haben in Kriegen und Krisen dazu beigetragen, die Zivilbevölkerung zu schützen, eine Ausweitung der Kämpfe zu verhindern, einen Übergang zu demokratischen Strukturen einzuleiten. Rund 80 000 Blauhelme aus über 70 Staaten sind in 17 Friedensmissionen weltweit im Einsatz. Ihnen und der Hauptabteilung des UN-Sekretariats für Friedensmaßnahmen gebührt unser Dank.

Zu den großen Erfolgen gehört Namibia. In Kambodscha haben die Vereinten Nationen den Menschen nach Jahrzehnten des Terrors und der Unterdrückung freie Wahlen und neue Hoffnung auf dauerhaften Frieden gebracht. Sicher, und dies möchte ich ausdrücklich betonen, nicht alle Hoffnungen, die sich auf die Vereinten Nationen richten, können erfüllt werden, und es wäre falsch, aufgetretene Schwierigkeiten zu leugnen. Doch was würde geschehen, wenn es die Vereinten Nationen und die Blauhelme nicht gäbe? Den Kritikern der Vereinten Nationen halte ich entgegen: Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Engagement für die Vereinten Nationen!

In Somalia ist die Hungersnot überwunden. Der in Gang gekommene Versöhnungsprozeß wird durch mörderische Zwischenfälle, denen UN-Soldaten und Zivilisten zum Opfer gefallen sind, überschattet. Diese Opfer sind tragisch. Aber ohne UNOSOM hätten Hunderttausende sterben müssen! Deutschland hat sich an dieser großen Friedensmission humanitär beteiligt, unser bisher größtes personelles Engagement im Rahmen der UN. Die deutsche Bevölkerung unterstützt unsere Beteiligung an diesen Operationen. Wir wollen unsere Möglichkeiten erweitern, zum Frieden beizutragen. Darüber besteht bei uns Konsens. Wir ringen um eine Verfassungsänderung, die es Deutschland erlaubt, an allen UN-Maßnahmen uneingeschränkt teilzunehmen.

Friedenspolitik heißt auch, die Stärke des Rechts gegen das Recht des Stärkeren durchzusetzen. Wenn die Vereinten Nationen an der Durchführung ihres Mandats gehindert werden, müssen sie in der Lage sein, mit der Ermächtigung des Sicherheitsrats zu Zwangsmaßnahmen zu greifen. So will es die Charta in Kapitel VII. Aber der Einsatz militärischer Mittel kommt nur in Frage, wenn wir für die Lösung des Konflikts über ein klares politisches Konzept verfügen. Zwangsmaßnahmen müssen immer Ultima ratio bleiben. Unser Beitrag zu den UN wird deshalb auch in Zukunft in erster Linie politischer und wirtschaftlicher Natur sein.

In den Vereinten Nationen muß der Bereich der friedenserhaltenden Maßnahmen angesichts der gewachsenen Aufgaben und Anforderungen weiter gestärkt werden:

Erstens: Die Hauptabteilung für friedenserhaltende Maßnahmen im UN-Sekretariat muß personell, logistisch und organisatorisch besser ausgestattet werden. Die Bundesregierung ist bereit, das Sekretariat mit weiteren Experten zu verstärken.

Zweitens: Effektives Krisenmanagement verlangt die Möglichkeit, schnell zu reagieren. Die Initiative des Generalsekretärs zur Schaffung von ›stand-by forces‹ hat meine Unterstützung. Stand-by-forces sollten nicht auf militärische Einheiten beschränkt sein, sondern auch ziviles Personal und Experten, von polizeilichen Kräften bis zu Wahlbeobachtern, einschließen. Die Teilnahme muß immer freiwillig sein und nationalen Voraussetzungen unterworfen bleiben.

Drittens: Für die Handlungsfähigkeit der Vereinten Nationen brauchen wir eine Vernetzung im militärischen Bereich. Die NATO hat ihre Bereitschaft erklärt, ihr Potential zur Verfügung zu stellen. Gleiches gilt für die WEU.

Viertens: In vielen Staaten ist die militärische Ausbildung allein auf traditionelle Armeeaufgaben ausgerichtet. Die spezifischen Aufgaben der Friedenserhaltung erfordern eine völlig andere Ausbildung. Die nationale Vorbereitung der Blauhelme auf ihren Einsatz sollte von den Vereinten Nationen stärker koordiniert werden. Dazu bedarf es gemeinsamer Ausbildungsrichtlinien. Die Vereinten Nationen sollten nach meinem Dafürhalten auch eine eigene Ausbildungskapazität aufbauen. Gemeinsame Ausbildung und gemeinsame Übungen sind zugleich wichtige Bausteine der Vertrauensbildung.

Fünftens: Friedenserhaltende Maßnahmen brauchen eine verläßliche Finanzierung. Verantwortung für den Frieden verlangt auch pünktliche und vollständige Zahlung der Beiträge durch alle Mitgliedstaaten.

Deutschland hat von Beginn an im humanitären Bereich einen Schwerpunkt seiner Mitarbeit in den Vereinten Nationen gesehen. Im Nahen Osten, in Afrika, in Südostasien, in der Golfregion, in Somalia und im ehemaligen Jugoslawien leisten wir humanitäre Hilfe, übernehmen Transportaufgaben, stellen medizinische Versorgung sicher und nehmen an der Überwachung von Abrüstungsmaßnahmen und der Rückführung von Flüchtlingen teil. Zusammen mit den EG-Partnern haben wir uns dafür eingesetzt, einen Koordinator für humanitäre Hilfe zu schaffen.

Zu unserem humanitären Engagement gehört die Bereitschaft, Bürgerkriegsflüchtlingen in ihrer Not zu helfen. Wir haben mehr als 350 000 Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien bei uns aufgenommen. Ich fordere die Generalversammlung auf, alle Möglichkeiten zur Stärkung des UNHCR zu nutzen. Die Arbeit von Frau Ogata verdient hohe Anerkennung. Gefordert ist mehr internationale Solidarität und Lastenteilung. Wir dürfen die Länder, die als Nachbarn oder Fluchtländer besonders betroffen sind, nicht allein lassen. Ziel muß es sein, Bürgerkriegs- und anderen Flüchtlingen möglichst in der Nähe ihrer Heimat Schutz zu geben, um ihnen eine baldige Rückkehr zu erleichtern. Dafür brauchen wir verbindliche Regeln. Ich schlage deshalb vor, eine internationale Konvention über die Behandlung von Flüchtlingsströmen auszuarbeiten.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Mitarbeit in den UN liegt in dem Bereich, den der Generalsekretär in seiner Agenda Friedenskonsolidierung nennt. Dauerhafter Frieden braucht den Aufbau demokratischer, rechtsstaatlicher und marktwirtschaftlicher Strukturen. Demokratisierungshilfe ist eine Investition in den Frieden! Mein Land sieht hier eine Priorität seines entwicklungspolitischen Engagements. Deshalb beteiligt sich Deutschland an Wahlbeobachtungsmissionen, stellt Wirtschaftsexperten und hilft beim Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen in Verwaltung, Justiz und Polizei.

Zum dauerhaften Frieden gehört auch eine Kultur des Friedens. Nicht nur die Staaten, auch die einzelnen Bürger müssen den Willen zum Frieden entwickeln, wenn wir Rassenhaß und religiöse Konflikte überwinden wollen. Kultur des Friedens – das bedeutet Dialog zwischen ethnischen Gruppen ebenso wie zwischen den Religionen und Kulturen. In Europa leben wir in Nachbarschaft mit dem Islam. Wir brauchen Brücken gegenseitigen Verständnisses, nicht neue Feindbilder. Wir brauchen eine Förderung der Friedenserziehung. Die völkerverbindende Arbeit der UNESCO verdient deshalb umfassende Unterstützung.

Deutschland setzt sich für eine Stärkung aller UN-Organe ein. Wir wollen keine ausufernde Reformdiskussion, sondern eine Erhöhung der Arbeitsfähigkeit. Wir begrüßen die Anstrengungen des Generalsekretärs zur Reorganisation des UN-Sekretariats. Auch die Bemühungen um eine Revitalisierung der Generalversammlung und des ECOSOC finden unsere volle Unterstützung. Wir würden uns freuen, wenn die Vereinten Nationen bei uns stärker vertreten wären und haben deshalb den Vereinten Nationen ein Angebot für die Ansiedlung von Institutionen der Technischen Zusammenarbeit in Bonn unterbreitet.

Die wichtigsten Entscheidungen über Sicherheit und Frieden fallen heute im Sicherheitsrat. So wollte es die Charta von Anfang an. Wer den Willen zum Frieden hat, muß den Sicherheitsrat stärken. In ihrer Antwort auf die Anfrage des Generalsekretärs hat die Bundesregierung ausgeführt, daß Handlungsfähigkeit und Glaubwürdigkeit für die künftige Zusammensetzung des Sicherheitsrats gleichermaßen von Bedeutung sind.

Deutschland ist bereit, Verantwortung auch im Rahmen einer ständigen Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu übernehmen, wie ich auf der letzten Tagung der Generalversammlung erklärt habe. Wir werden die Glaubwürdigkeit des Sicherheitsrats aber nur dann bewahren und stärken können, wenn wir bei der Reform des Sicherheitsrats auch das gewachsene Gewicht der Dritten Welt berücksichtigen.

Wenn es darum geht, die Vereinten Nationen zu stärken, will und wird Deutschland eine treibende Kraft sein. Für die großen, vor uns liegenden Aufgaben ist ein Grundkonsens nötig. Ich sehe ihn in der Herrschaft des Rechts. Das Recht schützt die Schwachen und legitimiert Zwang, wo er unumgänglich ist. Das Recht ist Ausdruck von Partnerschaft und steht gegen Willkür und Vorherrschaft. Es ist der Wille zum Recht, der Gerechtigkeit schafft, und nur wo Gerechtigkeit herrscht, kann Frieden sich entfalten.